Gesetzes- u. Verordnungsblatt

für die

Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens

Ausgegeben

Karlsruhe, den 19. Oktober

1954

Inhalt:

	Seite		Seite
Dienstnachrichten	85	Geschäftsordnung der Landessynode	88
Bekanntmachungen:		Einberufung der Landessynode	88
Bescheid auf die Verhandlungen der Bezirkssynoden 1953	86	Franz-Delitzsch-Preis	88
Bescheid auf die Verhandlungen der Bezirkssynoden 1952 über die erwei- terte Gottesdienstordnung	87	Aufnahme unter die bad. Pfarr- kandidaten	88
Eingliederung der Gemeinde Unter- grombach in das Kirchspiel Bruchsal	87	2. theol. Prüfung im Spätjahr 1954	88
Bezeichnung des Pfarrvikariats Karls- ruhe-Mühlburg-Nord	87	Jugendhilfe-Opferwoche	89
Errichtung eines Pfarrvikariats an der Pfingstbergkirche in Mannheim- Rheinau	88	Bezirksbeauftragte des Männerwerks	89
		Landeskollekte für Bad Peterstal und Ruit	89
		Abschluß einer Unfall- und Haftpflicht- versicherung für die Jugendarbeit	89
		Glockengeläut	90

Dienstnachrichten.

Entschließungen des Landesbischofs.

Bestätigt:

die Wahl des Pfarrers Helmut von Schenck in Säckingen zum Dekanstellvertreter für den Kirchenbezirk Schopfheim.

Berufen auf Grund von Gemeindevwahl

(gem. § 10 Abs. 1 Satz 2 Pfarrbesetz.Gesetz):

Religionslehrer Pfarrer Dr. theol. Friedrich Gruenagel in Mannheim (Moll-Realgymnasium) zum Pfarrer der Johannisparrei in Weinheim, Pfarrer Helmut Ludwig in Tennenbronn zum Pfarrer in Überlingen.

Berufen

(gem. § 11 Ziffer 2 a Pfarrbesetz.Gesetz):

Pfarrverwalter Hans Günther Michel in Buchenberg zum Pfarrer daselbst, Pfarrer Viktor Otto, z. Zt. in Broggingen, zum Pfarrer daselbst.

Berufen

(gem. § 11 Ziffer 2 b Pfarrbesetz.Gesetz):

Dekan Pfarrer Dr. rer. nat. Ernst Köhnlein in Karlsruhe (Lukasparrei) zum Pfarrer der Westparrei der Markuskirche in Karlsruhe.

Berufen

(gem. § 11 Ziffer 2 d Pfarrbesetz.Gesetz):

Religionslehrer Pfarrer Dr. theol. Dr. phil. Werner Pollmar in Mannheim (Gewerbeschule III)

zum planmäßigen Religionslehrer daselbst als Pfarrer der Landeskirche, Vikar Hansjörg Sick in Karlsruhe (Studentenseelsorge) zum planmäßigen Pfarrer der Studentenseelsorgestelle Karlsruhe.

Versetzt:

Vikar Gerhard Baust in Sinsheim als Vikar nach Sandhausen, Vikar Theodor Berggötz in Bonndorf als Vikar zur Versehung des Pfarrdienstes nach Hochstetten, Vikar Walter Denning in Freiburg (Lutherparrei) als Vikar nach Haslach i. K., Vikar Hellmut Feldmann in Singen a. H. als Vikar zur Versehung des Pfarrdienstes nach Kadelburg, Pfarrkandidat Otto Fischer als Vikar nach Freiburg (Lutherparrei), Vikar Dieter Goerke in Hockenheim als Vikar nach Achern, Vikar Gerhard Hopfer in Baden-Baden (Altstadtparrei) als Vikar nach Singen a. H., Pfarrkandidat Dr. theol. Gerhard Iber als Vikar nach Heidelberg (Christuskirche), Pfarrkandidat Walter Lauer als Vikar nach Freiburg (Melanchthonparrei), Pfarrkandidat Gerhard Leiser als Vikar nach Mannheim-Rheinau, Vikar Helmut Leser in Freiburg (Friedenskirche) als Vikar nach Freiburg (Ludwigskirche), Vikar Werner Litzelmann in Mannheim-Rheinau als Vikar nach Baden-Baden (Altstadtparrei), Vikar Theophil Menzemer in Freiburg (Melanchthonparrei) als Vikar nach Bonndorf, Religionslehrer Vikar Hellmut Rave in

Bruchsal als Vikar nach Karlsruhe (Lukaspfarre), Vikar Friedrich Karl Scheel in Freiburg (Ludwigskirche) als Vikar nach Sinsheim, Pfarrkandidat Fritz Schelling als Vikar nach Hockenheim, Vikar Günther Schmidt in Wertheim a. M. als Religionslehrer nach Bruchsal, Vikar Eberhard Ziegler in Sandhausen als Vikar zur vorübergehenden Vernehmung des Pfarrdienstes nach Mannheim-Neckarau (Nordpfarre).

Entschließungen des Oberkirchenrats.

Aufgenommen unter die Geistlichen der Landeskirche:

Pfarrer Viktor Otto, z. Zt. in Broggingen, Religionslehrer Pfarrer Dr. theol. Dr. phil. Werner Pollmar in Mannheim (Gewerbeschule III).

Bestätigt:

die Ernennung des Pfarrers Gerhard Hintze in Heidelberg, Vikariat der Christuskirche, zum Pfarrer in Flinsbach (Gräflich von Neipperg'sches Patronat).

Abgeordnet:

Pfarrer Helmut Feil in Hochstetten nach Karlsruhe zur Vernehmung der Ostpfarre der Markuskirche.

Beauftragt:

Dekan Pfarrer Dr. rer. nat. Ernst Köhnlein in Karlsruhe (Westpfarre der Markuskirche) mit der

vorläufigen Mitverwaltung der Lukaspfarre, Pfarrer Helmut Mattmüller in Königshausen mit der Mitverwaltung der Pfarrei Leiselheim, Pfarrer Heinrich Schmidt in Karlsruhe (Ostpfarre der Markuskirche) mit der Verwaltung des hauptamtlichen Dekanats Mannheim.

Beendet auf Ansuchen:

die Beauftragung des Pfarrers i. R. Ferdinand Barck mit der Verwaltung der Pfarrei Leiselheim, die Beauftragung des Pfarrers i. R. Rudolf Hofheinz mit der Verwaltung der Pfarrei Oetlingen.

Gestorben:

Pfarrer i. R. Karl Majer, zuletzt in Hassmersheim, am 5. 10. 1954, Pfarrer i. R. Friedrich Steiger, zuletzt in Gochsheim, am 12. 9. 1954.

Diensterledigungen.

Tennenbronn, Kirchenbezirk Hornberg.

Pfarrhaus wird größtenteils frei.

Besetzung durch Gemeindevahl. Bewerbungen innerhalb drei Wochen unmittelbar beim Oberkirchenrat, gleichzeitig Anzeige ans Dekanat.

Die Bewerbungen müssen bis **spätestens 8. November abends** hier eingegangen sein.

Bekanntmachungen.

OKR. 1. 10. 1954
Nr. 22483
Az. 12/2

*Bescheid auf die Verhandlungen der Bezirkssynoden des Jahres 1953.

Nach Durchführung der kirchlichen Wahlen in den Gemeinden traten im Spätjahr 1953 die neugebildeten Bezirkssynoden zusammen, um die Dekanstellvertreter, die Mitglieder der Bezirkssynodenräte und die Mitglieder der Landessynode zu wählen. Die aus diesen Wahlen der Bezirkssynoden hervorgegangenen kirchlichen Körperschaften haben inzwischen ihre Arbeit aufgenommen, und wir wünschen herzlich, daß ihr Dienst unter Gottes Segen geschehe und unserer Landeskirche, ihren Kirchenbezirken und Gemeinden zum Besten diene.

Mehr als die Hälfte der Bezirkssynoden hat nach Erledigung der Wahlen die Gelegenheit ihrer Zusammenkunft zur Besprechung kirchlicher Fragen und Gegenwartsaufgaben benutzt. So wurden in einigen Kirchenbezirken Berichte über die Tätigkeit der Landessynode, über die kirchliche Lage oder über die Arbeit einzelner kirchlicher Werke erstattet. Andere Bezirkssynoden hörten Vorträge über aktuelle Themen, z. B. über die Sektenfrage. Wiederum auf anderen Bezirkssynoden wurden aus dem Kreise der Mitglieder Fragen, die gerade akut waren, zur Sprache ge-

bracht. Wir möchten hier in Kürze auf einige der Fragen eingehen, welche die Bezirkssynoden beschäftigt haben.

Es ist verständlich und war zu erwarten, daß die gerade durchgeführten Kirchenwahlen den Bezirkssynoden Anlaß zur Besprechung der **kirchlichen Wahlordnung** geben würden. Auf den Bezirkssynoden Emmendingen, Ladenburg-Weinheim und Oberheidelberg erhoben sich kritische Einwände gegen die von der Wahlordnung geforderte Aufstellung von Wählerlisten und die Notwendigkeit besonderer Eintragung in diese Listen. Doch kamen auf den genannten Synoden auch solche Stimmen zu Wort, welche für diese Bestimmung als einen wesentlichen Bestandteil der gegenwärtigen Wahlordnung warm eintraten. Auf den Bezirkssynoden Bretten und Neckargemünd äußerte man Bedenken dagegen, daß die Kirchenältesten jeweils nur auf sechs Jahre gewählt werden. Es wurde ange-regt, die Möglichkeit zu schaffen, daß bewährte Kirchenälteste ohne erneute Wahl im Amte bleiben können und daß nur die freiwerdenden Plätze in den Ältestenkreisen und Kirchengemeinderäten durch Neuwahl besetzt werden. Dagegen wurde von anderer Seite das Bedenken erhoben, daß bei diesem Verfahren die Gefahr einer Überalterung der Ältestenkreise besteht. Schließlich fand sich auf der Bezirkssynode Ladenburg-

Weinheim eine große Mehrheit für einen Antrag, welcher wünscht, daß in Dorfgemeinden mit acht und weniger Kirchenältesten der Kirchengemeindeausschuß wiedereingeführt wird. Alle diese Wünsche und Anregungen werden teils bei der Beratung des Gesetzentwurfes zur Sprache kommen, der den diesjährigen Bezirkssynoden zur Stellungnahme zugegangen ist, teils werden sie als Material dienen bei künftigen Erwägungen über die Gestaltung der kirchlichen Wahlordnung.

Auf den Bezirkssynoden Adelsheim, Bretten, Emmendingen, Neckarbischofsheim und Pforzheim-Land wurde die Frage der Einführung der **erweiterten Gottesdienstordnung** besprochen. Neben der Sorge um die gefährdete Einheitlichkeit des gottesdienstlichen Lebens in unserer Landeskirche angesichts der augenblicklichen Vielgestaltigkeit wurde der Wunsch laut, daß man wenigstens in allen Gemeinden die „neue Liturgie“ erprobe und den Gemeinden Gelegenheit gebe, sie kennenzulernen, um dann eine aus Sachkenntnis kommende Entscheidung treffen zu können. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Einführung der erweiterten Gottesdienstordnung mit aller Behutsamkeit und Geduld geschehen müsse und kein Zwang ausgeübt werden dürfe. Wenn auf einer Bezirkssynode einstimmig beschlossen wurde, daß in allen Gemeinden bis zu einem bestimmten Zeitpunkt die erweiterte Liturgie einzuführen sei, so stellen wir demgegenüber ausdrücklich fest, daß die Landessynode die Entscheidung über Einführung oder Nichteinführung der erweiterten Gottesdienstordnung nicht der Bezirkssynode, sondern den einzelnen Kirchengemeinderäten übertragen hat.

Die Bezirkssynode Müllheim sah sich veranlaßt, über die notvolle Frage der **Kliniktaufen** zu sprechen. Mehrere Stimmen warnten mit Nachdruck vor einem einfachen Verbot und überhaupt vor gesetzlichen Maßnahmen in dieser Sache. Dagegen wurde empfohlen, mit Wort und Schrift auf die Gemeinden einzuwirken und sie zur Bejahung der Kirchen- und Gottesdiensttaufe zu erziehen.

Die Frage der **Sonntagsheiligung** und der **Feiertagsgesetzgebung** führte auf den Synoden Adelsheim, Baden-Baden, Neckarbischofsheim und Pforzheim-Land zu Erörterungen und zum Teil auch zu Anträgen und Kundgebungen.

Schulfragen wurden auf den Bezirkssynoden Karlsruhe-Stadt und Konstanz erörtert. Wir verzeichnen hier als wertvolle Anregung den aus Konstanz kommenden Vorschlag, die Kirche möge von Zeit zu Zeit statistische Angaben über den Stand des Nachwuchses an Theologen, Gemeindegemeinderinnen, evangelischen Lehrern usw. veröffentlichen, um die Gemeinden auf diesem Wege an ihre Verantwortung für den Nachwuchs in allen Diensten der Landeskirche zu erinnern und sie zum Gebet um neue Arbeiter im Weinberg aufzurufen.

LB. 6. 10. 1954
Nr. 22830
Az. 12/2

***Bescheid auf die Bezirkssynodalverhandlungen 1952 über die erweiterte Gottesdienstordnung betr.**

Wie bereits durch Runderlaß vom 14. 7. 1954 Nr. 16356 bekanntgegeben wurde, hat der Evang. Oberkirchenrat zu dem Bescheid auf die Bezirkssynodalverhandlungen 1952 (VBl. 1954 S. 17 ff.) folgende Erklärung abgegeben:

Der Evang. Oberkirchenrat hat von dem Bedenken und Einspruch von Gliedern unserer Landeskirche gegen Ausführungen des Bescheids auf die Bezirkssynodalverhandlungen 1952 über die erweiterte Gottesdienstordnung Kenntnis genommen. Er bedauert aufrichtig, daß Teile dieses Bescheids den Eindruck erweckt haben, es würden Anhänger der Gottesdienstordnung von 1930 wegen ihrer Haltung verurteilt.

Der Evang. Oberkirchenrat erklärt ausdrücklich, daß ihm eine solche Absicht fern lag und daß es ihm nur darum ging, pflichtgemäß ungeistliche Einwendungen gegen die erweiterte Gottesdienstordnung abzuwehren. Der Evang. Oberkirchenrat hat in dem Bescheid zum Ausdruck gebracht, daß sich jeder Zwang in Sachen der Gottesdienstordnung verbietet, er steht in voller Übereinstimmung mit der Meinung der Synode 1950, wenn er in dem Bescheid sagt, daß „nach wie vor den einzelnen Gemeinden, d. h. ihren Kirchengemeinderäten und Ältestenkreisen, die volle Freiheit der Annahme oder Ablehnung bleibt, die ihnen die Landessynode für die Zeit bis zu ihrer endgültigen Entschließung gewährt hat“, und daß „keine Rede davon sein kann, durch die erweiterte Liturgie die Predigt aus dem Mittelpunkt des Gottesdienstes zu verdrängen“, weil „von ihr die Erweckung und Stärkung des Glaubens und die Verlebendigung der Gemeinde zu erwarten ist.“

OKR. 12. 9. 1954
Nr. 19206
Az. 10/0

Die Eingliederung der Gemeinde Untergrombach in das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Bruchsal betr.

In das Kirchspiel der Evang. Kirchengemeinde Bruchsal, das bisher nur die Gemarkung der bürgerlichen Gemeinde Bruchsal umfaßte, wird mit Wirkung vom 1. April 1954 mit staatlicher Genehmigung die Gemarkung der bürgerlichen Gemeinde Untergrombach als kirchlicher Nebenort eingegliedert.

OKR. 27. 9. 1954
Nr. 21537
Az. 10/2

Bezeichnung des Pfarrvikariats Karlsruhe-Mühlburg-Nord betr.

Das seit 1. Oktober 1953 bestehende Pfarrvikariat Karlsruhe-Mühlburg-Nord (vgl. Bek. vom 17. 11. 1953, VBl. S. 73) führt künftig die Bezeichnung „**Pfarrvikariat der Petrusgemeinde**“.

OKR. 6. 10. 1954
Nr. 7515
Az. 10/2

Errichtung eines Pfarrvikariats an der Pfingstbergkirche in Mannheim-Rheinau betr.

An der Pfingstbergkirche in Mannheim-Rheinau wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1954 ein Pfarrvikariat errichtet.

OKR. 27. 9. 1954
Nr. 17601
Az. 14/4

***Geschäftsordnung für die Landessynode betr.**

Auf Antrag des Evang. Oberkirchenrats hat das Kultusministerium Baden-Württemberg in Stuttgart mit Schreiben vom 26. Juli 1954 R 725 gemäß § 9 des Landeskirchensteuergesetzes vom 30. 6. 1922 (bad. GVBl. S. 494) in Verbindung mit § 1 der Vollzugsverordnung zu diesem Gesetz vom 17. 5. 1923 (bad. GVBl. S. 107) genehmigt, daß die Geschäftsordnung für die Landessynode der Vereinigten Evangelisch-protestantischen Landeskirche Badens vom 5. 5. 1954 (VBl. S. 46) auch bei denjenigen Tagungen der Landessynode in Anwendung gebracht wird, in denen diese als Steuersynode tätig wird.

LB. 2. 10. 1954
Nr. 20968
Az. 14/4

Einberufung der Landessynode betr.

Der Herr Präsident der Landessynode wird die Landessynode zu ihrer Herbsttagung auf Montag, den 25. Oktober 1954, nach Herrenalb einberufen. Es soll darum am **Sonntag, den 24. Oktober**, in allen Gottesdiensten unserer Landeskirche in das **Hauptgebet** folgende Fürbitte aufgenommen werden:

„Deiner Gnade befehlen wir insbesondere die in dieser Woche zusammentretende Landessynode. Gib Deinen heiligen Geist zu ihren Beratungen, daß sie nach Deinem Wort und Willen und in rechter Einmütigkeit geschehen mögen zur Ehre Deines Namens und zum Wohl unserer Kirche.“

OKR. 12. 9. 1954
Nr. 20533
Az. 17/4

Franz Delitzsch-Preis betr.

Auf Wunsch des Kuratoriums des Institutum Judaicum Delitzschianum geben wir nachstehende Ausschreibung bekannt:

Der 1948 aus Anlaß der Wiedereröffnung des Institutum Delitzschianum gestiftete

Franz Delitzsch-Preis

wird hiermit zum sechsten Male ausgeschrieben, und zwar für das Thema

Das jüdisch-christliche Gespräch in Deutschland im Zeitalter des Rationalismus.

Der Kreis der zur Teilnahme an dem Preisausschreiben zugelassenen Personen wird nicht beschränkt.

Etwaige Bearbeitungen sind in deutscher Sprache in Maschinenschrift unter einem Kennwort sowie unter Beifügung eines mit demselben Kennwort bezeichneten Umschlages, der Name und Anschrift des Verfassers enthält, bis zum

31. Dezember 1955

an den Leiter des Institutum Judaicum Delitzschianum, Professor D. Rengstorf, (21 a) Münster (Westf.), Melcherstraße 2, zur Beurteilung einzuweisen.

Das Preisrichterkollegium besteht z. Zt. aus den Herren Landesrabbiner Dr. Geis (Karlsruhe), Professor D. Holsten (Mainz), Professor D. Maurer (Erlangen) und dem Leiter des Instituts.

Der Preis beträgt

500. — DM.

Er kann auch teilweise oder geteilt verliehen werden.

Das Urteil der Preisrichter wird im Laufe des Sommers 1956 bekanntgegeben werden.

Mit der Annahme des Preises überläßt der Preisträger dem Institutum Judaicum Delitzschianum das Recht zur Veröffentlichung seiner Arbeit, falls dessen Kuratorium auf Grund des Urteils der Preisrichter entsprechend beschließt, andernfalls bleibt dem Verfasser die Verwertung seiner Arbeit überlassen.

Das Kuratorium
des Institutum Judaicum Delitzschianum:
D. Knolle

LB. 17. 9. 1954
Nr. 21456
Az. 20/01

Aufnahme unter die bad. Pfarrkandidaten betr.

Der Kandidat der Theologie Dr. theol. Gerhard Iber, der im Spätjahr 1953 die zweite theologische Prüfung abgelegt und seither eine Assistentenstelle an der Theol. Fakultät der Universität Heidelberg versehen hat, ist unter die badischen evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen worden.

LB. 15. 10. 1954
Nr. 23642
Az. 20/01

Die zweite theologische Prüfung im Spätjahr 1954 betr.

Nachstehende fünf Kandidaten, welche im Spätjahr 1954 die zweite theologische Prüfung bestanden haben, sind unter die badischen evangelischen Pfarrkandidaten aufgenommen worden:

1. Fischer, Otto, von Emmendingen,
2. Kremers, Rudolf, von Berlin,
3. Lauer, Walter, von Heidelberg,
4. Leiser, Gerhard, von Aglasterhausen,
5. Schelling, Fritz, von Heidelberg.

Ferner haben die Kandidaten Dr. theol. Detlef Müller von Berlin und Albert Renschler von Ettlingen die zweite theologische Prüfung bestanden.

OKR. 14. 10. 1954 **Jugendhilfe-Opferwoche**
Nr. 23557 **betr.**
Az. 41/4

Die alljährliche Jugendhilfe-Opferwoche des Evang. Jugendwerkes findet vom **1. bis 7. November 1954** statt.

Die Gaben sind für folgende Zwecke bestimmt:

1. Vier Heimschulen für Jungen und Mädchen in sozialen Notständen (je eine in Ludwigshafen und Gertelbach sowie zwei in Neckarzimmern),
2. Diaspora-Konfirmandenheim in Ludwigshafen am Bodensee,
3. Berufsförderung und Erholung für bedürftige und heimatlose Jugend,
4. Patenschaft für die Junge Gemeinde Brandenburg.

Die Einzelheiten über die Durchführung gehen den Pfarrämtern durch das Landesjugendpfarramt zu.

OKR. 29. 9. 1954 **Bezirksbeauftragte des**
Nr. 21256 **Männerwerks betr.**
Az. 41/51

Zu Bezirksbeauftragten des Männerwerks wurden ernannt:

Für den
Kirchenbezirk:

Baden-Baden: Pfarrer Ludwig Schmitt
in Gaggenau,

Durlach: Pfarrer Willi Schmitt in Söllingen,

Lahr: Pfarrer Martin Held in Lahr-Dinglingen,

Mosbach: Pfarrer Hans Schäfer in Neckarelz,

Müllheim: Pfarrer Gerhard Teutsch in Betberg.

OKR. 7. 10. 1954 **Landeskollekte für den Bau**
Nr. 22452 **einer Kapelle in Bad Peters-**
Az. 43/0 **stal und für die Instand-**
setzung der evang. Kirche
in Ruit betr.

Am 3. Advent (12. 12. 1954) wird eine Landeskollekte für den Bau einer Kapelle in Bad Peterstal und für die Instandsetzung der evang. Kirche in Ruit **erbeten**, die **am Sonntag zuvor** mit nachstehenden Worten **zu empfehlen** ist:

Bad Peterstal, eine Gemeinde in der Diaspora des oberen Renchtales, die als kirchlicher Nebenort Teil des Kirchspiels Oppenau ist, bemüht sich seit nahezu zwei Jahrzehnten um einen geeigneten Gottesdienstraum. Der zur Zeit zur Verfügung stehende Schulraum ist zu klein, zumal neben den ortsansässigen Gemeindegliedern zahlreiche Kurgäste den Gottesdienst besuchen. Die Gemeinde hat sich daher entschlossen, eine Kapelle zu erstellen. Trotz bescheidener Planung und Unterstützung durch örtl. Stellen, Landeskirche und Gustav-Adolf-Werk reichen die vorhandenen Mittel nicht aus, die finanzielle Last zu tragen. Die Gemeinde

erbittet daher ein Opfer aller Gemeinden unserer Landeskirche.

Die 672 Seelen zählende, zumeist aus kleineren Landwirten und Arbeitern bestehende Kirchengemeinde **Ruit** mußte für die im Spätherbst durchgeführte, dringend erforderliche Instandsetzung ihres Gotteshauses ein Darlehen von 17 000 DM aufnehmen. Zur Verzinsung und Tilgung desselben bedarf die Gemeinde trotz großer Opferwilligkeit und hohen Steuerfußes der tatkräftigen Glaubensbrüderlichen Unterstützung.

OKR. 14. 9. 1954 ***Abschluß einer Unfall-**
Nr. 17156 **und Haftpflichtversiche-**
Az. 50/1 **rung für die Jugendarbeit**
(41/3, 41/4) **betr.**

1. Zwischen der Landeskirche und dem Badischen Gemeindeversicherungsverband wurde ein Unfall- und Haftpflichtversicherungsvertrag für die gesamte Jugendarbeit abgeschlossen. Nach diesem Vertrag sind ab 1. April 1954 sämtliche Jugendlichen vom vollendeten 6. Lebensjahr, sofern sie Mitglieder einer landeskirchlichen Organisation sind, die die Jugendarbeit auf kulturellem und sportlichem Gebiet zur Aufgabe hat, gegen **Unfälle** während ihrer Betätigung in der genannten Organisation einschließlich des Weges zu diesen Veranstaltungen versichert. Der Versicherungsschutz erstreckt sich danach auf jede Betätigung und Teilnahme an Veranstaltungen sowie auf Aufenthalte in Heimen im Inland und bei Fahrten in das europäische Ausland. Sämtliche Veranstaltungen müssen hierbei unter Aufsicht eines Leiters oder einer Leiterin bzw. deren Stellvertreter durchgeführt werden.

Der gleiche Versicherungsschutz wird auch den **Leitern und Leiterinnen** einer der genannten Organisation und deren Stellvertretern sowie den Leitern und Leiterinnen von Jugendheimen, die im Eigentum einer der obengenannten Organisationen stehen, gewährt. Für die Leiter und Leiterinnen ist die Benützung eines Motorrades in den Versicherungsschutz eingeschlossen, sofern es sich um Dienstreisen handelt, die zur Durchführung einer unter den Versicherungsschutz fallenden Veranstaltung notwendig sind.

Nicht als Unfälle gelten Erkrankungen, Infektionskrankheiten, innere Vergiftungen sowie die Folgen von Luft-, Temperatur- und Witterungseinflüssen, insbesondere Erkältungen und Erfrierungen. Ausgeschlossen vom Versicherungsschutz sind Unfälle, die nicht durch äußere Einflüsse entstehen, sowie Unfälle bei Benutzung von Motorrädern durch die Jugendlichen.

2. Sämtlichen gegen Unfall versicherten Jugendlichen, Leitern und Leiterinnen wird ein **Haftpflichtversicherungsschutz** gegen Personen- und Sachschäden für ihre Betätigung in einer der genannten landeskirchlichen Organisationen sowie die Teilnahme an Veranstaltungen auf kulturellem und sportlichem Gebiet gewährt. Die

Haftpflichtversicherung erstreckt sich nicht auf die Verwendung von Kraft- und Luftfahrzeugen.

Haftungsausschlüsse ergeben sich aus den allgemeinen Versicherungsbedingungen, über die im einzelnen der Evang. Oberkirchenrat oder der Gemeindeversicherungsverband Auskunft geben kann. Hervorzuheben ist jedoch, daß Haftpflichtansprüche wegen Sachschäden an fremden Sachen, die gemietet, gepachtet oder geliehen sind (z. B. Jugendräume, Jugendheime usw. der Gemeindejugend), ausdrücklich vom Versicherungsschutz ausgenommen sind. Es bleibt den Kirchengemeinden überlassen, über derartige Sachen, Gebäude, Räume usw. eine besondere Haftpflichtversicherung einzugehen. Nur hierdurch könnten etwaige Schadensersatzansprüche der Eigentümer zu Lasten der Kirchengemeinde vermieden werden.

3. Versicherungsschutz nach Maßgabe der Ziff. 1 und 2 besteht somit für die Mitglieder folgender Organisationen im Bereich der Landeskirche mit ihren Jugendgruppen und Jugendkreisen:

Evang. Mädchenwerk
Männliche Gemeindejugend
Evang. Jungmännerwerk (CVJM)
Christliche Pfadfinderschaft
Bund Christdeutscher Jugend
Jugendbund für entschiedenes Christentum
AB-Gemeinschaft
Christlicher Allianz-Jugendbund.

4. Der unter Ziff. 1 und 2 genannte Versicherungsschutz erstreckt sich nur auf die organisierte Gemeindejugend und die beim Landesjugendpfarramt angemeldeten Jugendgruppen (Ziff. 3). Nicht unter den obengenannten Versicherungsschutz fallen die Teilnahme am Kindergottesdienst, Konfirmandenunterricht und Christenlehre sowie Veranstaltungen und Ausflüge jeder Art, die für diese Personenkreise stattfinden. Versicherungsschutz genießen somit z. B. nicht die Teilnehmer an einem Konfirmandenausflug oder an einer Weihnachtsfeier der den Kindergottesdienst besuchenden Kinder. Es empfiehlt sich daher, für derartige Veranstaltungen, besonders Ausflüge, rechtzeitig beim Gemeindeversicherungsverband einen besonderen Versicherungsschutz einzugehen, der sich nur auf die Dauer der betreffenden Veranstaltung erstreckt und daher zu einem niedrigen Prämiensatz gewährt wird. Die Pfarrämter wollen sich hierwegen von Fall zu Fall unmittelbar mit dem Gemeindeversicherungsverband ins Benehmen setzen.

Wir weisen darauf hin, daß kircheneigene Grundstücke und Gebäude gegen Haftpflichtansprüche im Rahmen unseres Kollektiv-Haftpflichtversicherungsvertrages mit dem Gemeindeversicherungsverband versichert sind. Für Veranstaltungen jeder Art in solchen Gebäuden besteht daher Versicherungsschutz.

5. Zur Durchführung des obengenannten Vertrages und zur Abwicklung etwaiger Unfälle ordnen wir an:

- a) **Jeder Schadensfall ist unverzüglich** von dem zuständigen Pfarramt (für die Gemeindejugend) bzw. vom Landesjugendpfarramt (für die übrigen Organisationen) dem Evang. Oberkirchenrat unmittelbar zur weiteren Veranlassung **anzuzeigen**.
- b) Das Landesjugendpfarramt meldet dem Oberkirchenrat zum 1. März eines jeden Jahres die genaue Zahl der im vergangenen Jahr versicherten Personen einschließlich derjenigen, die im Laufe des Jahres ausgeschieden bzw. neu eingetreten sind.
- c) Sofern einzelne Kirchengemeinden oder Jugendgruppen einen Versicherungsvertrag in dem unter 1 und 2 genannten Umfang mit einer anderweitigen Versicherungsgesellschaft bereits eingegangen sind, ist der Vertrag zum nächstmöglichen Termin unter Hinweis auf die nunmehr bestehende Doppelversicherung zu kündigen.

OKR. 15. 10. 1954 ***Glockengeläut betr.**
Nr. 13492
Az. 60/5

Die Kirchenkanzlei der EKD hat durch Rundschreiben vom 10. 6. 1954 folgendes mitgeteilt:

„Im Einvernehmen mit dem stellvertretenden Ratsvorsitzenden bitten wir, in Übereinstimmung mit der bisherigen Praxis und zur Vermeidung von Folgerungen für andere Fälle darauf zu achten, daß das Geläut der Glocken entsprechend der Entschließung der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 10. September 1953 'grundsätzlich nur zu gottesdienstlichen Veranstaltungen und als Gebetsläuten in Betracht kommt und zu sonstigen Anlässen ablehnt werden muß.'“

Nicht um der Ehre von Menschen willen, nicht zur Proklamation politischer Entscheidungen und zur Feier nationaler Feste geschieht das Geläut. Nur wenn Feuersbrunst oder andere akute Gefahr Leben und Eigentum der Menschen bedroht, können die Glocken den Notdienst christlicher Liebe übernehmen und zu eiliger Hilfe wecken und rufen.“

Wir bitten um Beachtung.

**Besuchszeiten beim Evang. Oberkirchenrat:
Mittwoch und Donnerstag von 10 – 12 Uhr
und 15.30 – 17 Uhr.**

Diese Besuchszeiten sollten möglichst eingehalten werden. Da Dienstag Sitzung des Oberkirchenrats ist, sollten – von ganz dringenden Fällen abgesehen – an diesem Tage keine Besuche stattfinden.

Rechtzeitige schriftliche Anmeldung ist erforderlich.